



An die Empfänger
der Vernehmlassung des Vorentwurfs
zur Änderung des Ausführungsgesetzes
zum Bundesgesetz über die Familienzulagen

Datum 31. August 2012

Vorentwurf zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Arbeitsgruppe, die durch Entscheid des Staatsrates vom 1. Dezember 2010 gebildet wurde, hat der Regierung einen Bericht über die Zweckmässigkeit der Einführung eines Systems von Ergänzungsleistungen für Familien mit Kind(ern) im Wallis vorgelegt. Die Ausgleichskasse des Kantons Wallis und das Departement für Sicherheit, Sozialwesen und Integration haben daraufhin einen Vorentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen sowie einen erläuternden Bericht und den Fragebogen zuhanden der Vernehmlassungsempfänger ausgearbeitet.

In seiner Sitzung vom 20. Juni 2012 hat der Staatsrat diese Dokumente zur Kenntnis genommen und das Departement für Sicherheit, Sozialwesen und Integration und die Ausgleichskasse des Kantons Wallis aufgefordert, ein Vernehmlassungsverfahren einzuleiten.

Sämtliche Dokumente sind auf der Internetsite der Kantonsverwaltung abrufbar (www.vs.ch «Vernehmlassungen / Laufende kantonale Vernehmlassungen»). Wir bitten Sie, uns Ihre Feststellungen, Bemerkungen und Vorschläge bis zum 15. Oktober 2012 mitzuteilen.

Damit die verschiedenen Meinungen optimal geprüft und zusammengefasst werden können, bitten wir Sie, den Fragebogen auszufüllen und Ihre Stellungnahme online zu übermitteln (siehe www.vs.ch).

Sollte dieser Weg nicht möglich sein, schicken Sie Ihre ausgedruckte Stellungnahme an den Direktor der Kantonalen Ausgleichskasse des Kantons Wallis, Avenue de Pratifori 22, 1950 Sitten.

Nach Ablauf des Vernehmlassungsverfahrens werden die geäußerten Meinungen auf der Internetsite der Kantonsverwaltung abrufbar sein.

Wir danken Ihnen für Ihre Mitarbeit und entbieten Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Esther Waeber-Kalbermatten
Staatsrätin
Präsidentin des Staatsrates

